

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Vinzenz Glaser, Stella Merendino, Desiree Becker, Gökyak Akbulut, Janina Böttger, Maik Brückner, Mirze Edis, Katrin Fey, Ates Gürpınar, Jan Köstering, Charlotte Antonia Neuhäuser, Cansu Özdemir, Lea Reisner, Zada Salihović, Ulrich Thoden, Donata Vogtschmidt, Christin Willnat und der Fraktion Die Linke

Humanitäre Lage in der Demokratischen Republik Kongo im Schatten des Ebola-Ausbruchs

Im Mai 2026 wurde ein Ausbruch des Bundibugyo-Ebolavirus in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) festgestellt. Stand 1. Juli 2026 wurden 1 460 Ansteckungen in der DRK festgestellt. 452 Menschen davon sind bereits an der Krankheit gestorben (www.who.int/emergencies/disease-outbreak-news/item/2026-DON612).

Der Ebola-Ausbruch findet eingebettet in eine komplexe Gesamtsituation statt: Der anhaltende Krieg in der DRK führt immer wieder zu Vertreibung. Viele Menschen haben kaum Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser, Unterkünften oder medizinischer Versorgung. Auch Gesundheitseinrichtungen werden immer wieder zum Ziel von Angriffen (www.who.int/emergencies/disease-outbreak-news/item/2026-DON612 und www.tagesspiegel.de/wissen/nach-angriffen-auf-kliniken-im-kongo-patienten-mit-ebola-verdacht-offenbar-auf-der-flucht-15639798.html). Etwa 15 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, doch mehr als die Hälfte von ihnen werden aktuell nicht durch humanitäre Hilfe erreicht (www.unocha.org/democratic-republic-congo). Die humanitären Bedarfe werden nicht gedeckt. Im Jahr 2025 wurde der Humanitarian Needs und Response Plan der Vereinten Nationen (VN) nur zu 28 Prozent finanziert (<https://fts.unocha.org/plans/1509/summary>).

Gegen das Bundibugyo-Virus gibt es derzeit keine zugelassene Impfung und auch keine zugelassene spezifische Therapie (www.pei.de/DE/arzneimittel/impfstoffe/ebola/ebola-ausbruch-kongo-uganda-pei-informationen.html). Daher kommt der Vermeidung weiterer Ansteckungsfälle durch Kontaktnachverfolgung und Isolation von erkrankten Personen eine besondere Bedeutung zu (www.who.int/emergencies/situations/ebola-outbreak---drc-2026).

Laut Hilfsorganisationen zeigen sich in der DRK aktuell die Folgen der Kürzungen der Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre. Das Fehlen der Mittel schwäche die ohnehin fragilen Gesundheitssysteme und führe dazu, dass der Ausbruch des Virus zunächst nicht erkannt wurde und erschwert die Einführung von Maßnahmen (www.dw.com/de/ebola-virus-ausbreitung-fieber-who-entwicklungshilfe-seuchen-kongo-drk-gesundheit-bmz-care-caritas/a-77318805 und www.rescue.org/de/pressemitteilung/watchlist-flash-alert-ebola-ausbruch-osten-drk-breitet-sich-schneller-aus-als-reaktion). Unter anderem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) musste nach

dem Ausstieg der USA Programme im Kongo aufgrund von finanziellen Problemen straffen oder streichen. Seitdem ist Deutschland der größte Mittelgeber der WHO (www.dw.com/de/ebola-virus-ausbreitung-fieber-who-entwicklungshilfe-seuchen-kongo-drk-gesundheit-bmz-care-caritas/a-77318805). Das Hilfswerk Misereor warnt in diesem Kontext vor einer katastrophalen Kollision von Krankheit und Konflikt und sieht auch die Bundesregierung in der Pflicht, die Lage zu stabilisieren (https://myconvento.com/public/mail_view.php?jid=jS3cnwE&t=2&l=22).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle humanitäre und sicherheitspolitische Lage in der Demokratischen Republik Kongo?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur aktuellen humanitären Versorgungslage vor, insbesondere hinsichtlich Ernährungssicherheit sowie der medizinischen Versorgung der Bevölkerung vor dem Hintergrund des Ebola-Ausbruchs sowie der anhaltenden bewaffneten Konflikte im Land?
3. Welche Auswirkungen haben die anhaltenden bewaffneten Konflikte nach Einschätzung der Bundesregierung auf die Bekämpfung des Ebola-Ausbruchs und den Zugang der Bevölkerung zur medizinischen Versorgung?
4. Welche Mittel hat die Bundesregierung seit Bekanntwerden des Ebola-Ausbruchs für Maßnahmen zu dessen Eindämmung bereitgestellt (bitte nach Ressort, Haushaltstitel, Empfängerorganisation, Betrag und Bewilligungsdatum aufschlüsseln)?
5. Plant die Bundesregierung angesichts des aktuellen Ebola-Ausbruchs in der Demokratischen Republik Kongo und den betroffenen Nachbarstaaten eine Anpassung ihrer humanitären, medizinischen oder entwicklungspolitischen Unterstützung, wenn ja, welche zusätzlichen Maßnahmen, Instrumente und Finanzmittel sind vorgesehen, und welche konkrete humanitäre, medizinische sowie finanzielle Unterstützung leistet Deutschland derzeit?
6. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung im Rahmen internationaler Zusammenarbeit, um den Aufbau resilienter Gesundheitssysteme in Konfliktregionen wie der Provinz Ituri zu unterstützen, in denen derzeit Ebola-Ausbrüche stattfinden?
7. Welche Projekte finanziert oder unterstützt die Bundesregierung derzeit zum Ausbau von Diagnostik-, Labor- und Surveillance-Kapazitäten in der DR Kongo?
 - a) Welche deutschen Einrichtungen oder Durchführungsorganisationen sind hierbei beteiligt?
 - b) Wie viele Labor- oder Diagnostikeinrichtungen wurden mit deutscher Unterstützung seit Beginn des Ausbruchs aufgebaut, ausgestattet oder personell unterstützt?

8. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der WHO und des Africa Centres for Disease Control and Prevention (Africa CDC), dass zu einer erfolgreichen Eindämmung des aktuellen Ebola-Ausbruchs in der Demokratischen Republik Kongo und in Uganda mindestens 518 Mio. US-Dollar Finanzmittel nötig wären, wenn ja, in welcher Höhe beteiligt sie sich an der internationalen Finanzierung dieses Bedarfs, und über welche Programme oder Organisationen werden die hierfür bereitgestellten Mittel abgewickelt (www.fr.de/panorama/ebola-ausbruch-in-afrika-experte-weist-auf-irrglauben-hin-zr-94342584.html)?
9. Wie bewertet die Bundesregierung die Rolle von WHO und Africa CDC bei der Koordination der internationalen Reaktion auf den aktuellen Ebola-Ausbruch, und in welchem Umfang beteiligt sich Deutschland an diesen Strukturen?
10. Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen internationaler bzw. deutscher Kürzungen der humanitären Hilfe und der Entwicklungshilfe auf die Bekämpfung des Ebola-Ausbruchs?
11. Welche Gespräche haben Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung seit Beginn des Ausbruchs mit Ärzten ohne Grenzen, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, der WHO oder weiteren humanitären Organisationen sowie mit dem United Nations Children's Fund (UNICEF) und Sonderorganisationen der VN geführt (bitte Datum, Organisation und Gegenstand angeben)?
12. Welche Maßnahmen ergreift oder unterstützt die Bundesregierung, um den sicheren Zugang humanitärer Organisationen und den Transport von Personal, Medikamenten und Hilfsgütern in schwer erreichbaren Gebieten zu gewährleisten?
13. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Auswirkungen von Grenzschließungen und Einschränkungen des Luftverkehrs auf die Lieferung medizinischer Hilfsgüter und den Einsatz humanitären Personals vor?
14. Welche Einschätzung hat die Bundesregierung zu der Gefahr einer weiteren internationalen Ausbreitung des aktuellen Ebola-Ausbruchs, und welche präventiven Maßnahmen werden in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern ergriffen?
15. Welche Lehren zieht die Bundesregierung aus den Erfahrungen der Ebola-Epidemie in Westafrika von 2014 bis 2016 sowie den Ebola-Ausbrüchen von 2018 bis 2020 in der Demokratischen Republik Kongo für die Entwicklung und Verfügbarkeit von Impfstoffen und Therapien gegen verschiedene Ebola-Virusarten, und inwieweit wurden diese Lehren bis zum aktuellen Ausbruch des Bundibugyo-Ebolavirus in der Demokratischen Republik Kongo und in Uganda umgesetzt?
16. Welche der während der Ebola-Krise von 2014 bis 2016 von Deutschland bereitgestellten Unterstützungsmaßnahmen (z. B. medizinische Evakuierungen, logistische Unterstützung oder Behandlungskapazitäten) stehen auch im aktuellen Ausbruch zur Verfügung oder sollen erneut aktiviert werden?
17. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Wirksamkeit, Sicherheit und zum Entwicklungsstand der von der WHO empfohlenen bzw. diskutierten Wirkstoffe und Impfstoffkandidaten (insbesondere Obeldesivir, MBP134 sowie rVSV- und ChAdOx1-Bundibugyo-Impfstoffe) vor?

18. Unterstützt die Bundesregierung die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen und Therapien gegen das Bundibugyo-Ebola-Virus, und wenn ja, in welchem Umfang (bitte Projekt, Fördersumme, Laufzeit und Zuwendungsempfänger angeben)?
19. Beteiligen sich Einrichtungen des Bundes oder durch Bundesmittel geförderte Institutionen an der wissenschaftlichen Bewertung, Entwicklung oder Durchführung klinischer Studien zu den genannten Wirkstoffen oder Impfstoffkandidaten, insbesondere zu Obeldesivir?
20. Wie haben sich die Bundesmittel für den Bereich globale Gesundheit und Seuchenprävention im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) seit 2020 jährlich entwickelt (bitte jeweils nach Jahren, Einzelplänen, Haushaltstiteln und Zweckbindung aufschlüsseln)?
21. Welche Verantwortung sieht die Bundesregierung als größter Geldgeber der WHO, die WHO finanziell und politisch zu stärken, um Gesundheitskrisen wie in der Demokratischen Republik Kongo zu bekämpfen?
22. Welche freiwilligen und zweckgebundenen Beiträge hat Deutschland seit 2020 jährlich an die WHO geleistet, und welcher Anteil hiervon entfiel jeweils auf Programme zur Ebola- bzw. Ausbruchsbekämpfung (bitte nach Jahr und Programm aufschlüsseln)?
23. Welche Rolle spielen deutsche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure bei der Stärkung lokaler Gesundheitsstrukturen im Osten der Demokratischen Republik Kongo, und wie werden diese Maßnahmen finanziell ausgestaltet (bitte jährliche Entwicklung seit 2020 darstellen)?
24. Welchen Stellenwert nimmt für die Bundesregierung die Kooperation mit lokalen Organisationen und Akteuren bei der Eindämmung des Ebola-Ausbruchs in der DRK ein, und welche finanziellen Mittel stellt die Bundesregierung lokalen Organisation hierfür zur Verfügung?

Berlin, den 20. Juli 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion